

Auszug ab p. 80 des o.a. GR-Protokolls:

Vorsitzende GR Mag Heidemarie **Unterreiner**: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist Frau GR Mag Hecht. Ich erteile es ihr.

GR Mag Gabriele **Hecht** (*Liberales Forum*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Berichterstatter!

Der vorliegende Syndikatsvertrag für den Flughafen ist an sich ein Standardvertrag, der abgeschlossen wird, wenn sich verschiedene Eigentümer zu einem gemeinsamen Handeln einigen. An sich ist so ein Syndikatsvertrag etwas Übliches.

.....

Genau deshalb möchte ich jetzt näher auf diesen Syndikatsvertrag eingehen, denn da geht es nämlich auch um den Modus der Vorstandsbestellung, und das ist eine wichtige Weichenstellung, wie das in Zukunft weiter gehen soll, .....

Eines ist in diesem Zusammenhang interessant. Es steht in diesem Syndikatsvertrag zunächst einmal wörtlich die Bestellung des Aufsichtsrats drinnen: "Jeder Gesellschafter wird auf die über seinen Vorschlag gewählten Aufsichtsratsmitglieder dahin einwirken, dass sie bei der Wahl des Vorsitzenden des Aufsichtsrats für die vom jeweils vorschlagsberechtigten Gesellschafter benannte Person stimmen."

Das bedeutet, in diesem Syndikatsvertrag ist expressis verbis eine Einflussnahme auf Organe festgelegt. Und da möchte ich jetzt schon erinnern, dass wir jedes Mal, wenn wir bei solchen staats- oder Gemeinde Wien-nahen Unternehmen oder solchen, die auch eine Beteiligung der Gemeinde Wien aufweisen, auf irgendwelche Vorstandsbesetzungen oder Verantwortlichkeiten hinweisen, von der Finanzstadträtin darauf aufmerksam gemacht werden, dass das Aktienrecht gilt und dass der Aufsichtsrat Beschlüsse zu fassen und diese auch zu verantworten hat.

Und jetzt lesen wir hier schwarz auf weiß, dass die Gesellschafter - und das sind in diesem Fall die Stadt Wien, das Land Niederösterreich und die ÖIAG - zunächst schon einmal auf die Aufsichtsratsmitglieder einwirken, wenn sie als ihren Vorsitzenden wählen sollen.

Und das geht dann weiter bei der Vorstandsbestellung. Bei dem Passus Vorstandsbestellung heißt es nämlich: "Die Syndikatspartner werden hinsichtlich der Vorstandsbe-

stellung auf die über ihren Vorschlag gewählten Aufsichtsratsmitglieder dahin einwirken, dass folgende Vorgangsweise eingehalten wird." - Und dann ist hier aufgezählt, dass das Vorschlagsrecht für einen Vorstand das Bundesland Niederösterreich hat und für einen die Stadt Wien.

Um das nur noch einmal zu verdeutlichen und dem wirklich genug Nachdruck zu verleihen, kommt dann noch einmal eine Passage, die heißt: "Die Syndikatspartner werden auf die über ihren Vorschlag gewählten Aufsichtsratsmitglieder dahin einwirken, dass die vorgeschlagenen Personen zu Vorständen der Gesellschaft bestellt werden." - Das heißt, sehr wohl ist es so, dass dort, wo die Gemeinde Wien Beteiligungen hält, nicht die Aufsichtsräte selbständig agieren, nicht die Aufsichtsräte die Vorstände bestellen, sondern sehr wohl die Stadt als Eigentümerin auf ihre Aufsichtsräte einwirkt, das zu tun, was sie gerne möchte und was sie sich vielleicht schon im Vorfeld mit dem Land Niederösterreich abgesprochen hat, oder sei es auch mit welchen anderen weiteren Eigentümern, weil es ist ja nicht immer das Land Niederösterreich der Partner bei so einem Syndikat, es sind ja manches Mal dann noch andere Unternehmungen, die der Stadt Wien nahe stehen.

Wenn Sie sich das in diesem Zusammenhang einmal so richtig auf der Zunge zergehen haben lassen, dass hier die Einflussnahme auf Organe von Aktiengesellschaften festgeschrieben ist, .....

Meine Damen und Herren! Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass das, was in dem Akt beschlossen werden soll, dem Bundesgesetz über die Stellenbesetzung widerspricht, und die Liberalen werden diesem Akt nicht zustimmen. (*Beifall beim Liberalen Forum.*)

.....

Vorsitzende GR Mag Heidemarie **Unterreiner**: Wir kommen nun zur Abstimmung.

(ANM.: über den Syndikatsvertrag) .....

Ich komme jetzt zur Abstimmung des Antrags.

Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderats, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Dieser Antrag ist angenommen, gegen die Stimmen der Freiheitlichen, der GRÜNEN und der Liberalen.